

Der djb gratuliert

Marion Eckertz-Höfer



▲ Foto: © Bundesverwaltungsgericht

zu ihrer Berufung als Mitglied in die Beratende Kommission im Zusammenhang mit der Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogener Kulturgüter, insbesondere aus jüdischem Besitz (Limbach-Kommission).

Die 2003 eingerichtete Limbach-Kommission vermittelt in Restitutionsstreitfällen zwischen den Trägern der Sammlungen und den ehemaligen Eigentümern der Kulturgüter bzw. deren Erben, wenn dies von beiden Seiten gewünscht wird. Zur Beilegung der Meinungsverschiedenheiten kann sie Empfehlungen aussprechen. Die Mitgliedschaft ist ein Ehrenamt. Die Gründung der Kommission folgte der Empfehlung der Washingtoner Erklärung in Bezug auf Kunstwerke, die von den Nationalsozialisten beschlagnahmt wurden aus dem Jahr 1998. Sie dient der Umsetzung der Gemeinsamen Erklärung der Bundesregierung, der Länder und der kommunalen Spitzenverbände zur Auffindung und zur Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturgutes, insbesondere aus jüdischem Besitz von Dezember 1999.

Marion Eckertz-Höfer war von 2002 bis 2007 Vizepräsidentin des Bundesverwaltungsgerichts und von 2007 bis Januar 2014 seine Präsidentin. Sie stammt aus einer Familie, die immer wieder Künstler hervorgebracht hat (die bekanntesten Cranach d. Ä. und d.J. sowie die Goldschmiede August des Starken, die Gebrüder Dinglinger). Sie ist djb-Mitglied und seit 2013 Vorsitzende der Kommission Verfassungsrecht, Öffentliches Recht, Gleichstellung.

Dr. Christiane Hölscher



▲ Foto: © Fotostudio Erhardt, Osnabrück

zur Ernennung als Leitende Oberstaatsanwältin der Staatsanwaltschaft Oldenburg.

Geboren 1971 in Georgsmarienhütte, studierte sie von 1990-1996 Rechtswissenschaften in Münster. Nach der ersten juristischen Staatsprüfung 1996 am Oberlandesgericht Hamm war Christiane Hölscher wissenschaftliche Hilfskraft und Mitarbeiterin am Institut für Kriminalwissenschaften der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster und wurde mit einer Arbeit zu „Der Rechtsschutz und die Mitteilungspflichten bei heimlichen strafprozessualen Zwangsmaßnahmen“ promoviert. Von 1999-2001 absolvierte sie ihr Referendariat im Landgerichtsbezirk Münster und 2001 die zweite juristische Staatsprüfung beim Landesjustizprüfungsamt Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf. Im OLG-Bezirk Schleswig

wurde sie 2001 zur Richterin auf Probe in Schleswig-Holstein ernannt und wechselte 2003 in die Niedersächsische Justiz, zunächst in den OLG/GenStA-Bezirk Celle, sodann in den OLG/GenStA-Bezirk Oldenburg. Im Jahr 2007 wurde sie zur Richterin am Landgericht am LG Osnabrück ernannt. Von 2008-2014 erfolgte Christiane Hölschers Abordnung in die Abteilung Personal, Haushalt, Organisation des Niedersächsischen Justizministeriums. Währenddessen wurde sie 2010 zur Richterin am Oberlandesgericht am OLG Oldenburg und 2012 zur Leitenden Ministerialrätin im Niedersächsischen Justizministerium ernannt. Seit ihrer Ernennung 2014 zur Oberstaatsanwältin war sie stellvertretende Leiterin der Oberstaatsanwaltschaft Hannover. Sowohl in ihrer Funktion im Niedersächsischen Justizministerium als auch dort festigte sie eine familienfreundliche Personalführung.

Christiane Hölscher ist seit 2014 djb-Mitglied.

Prof. Dr. Dr. h.c. Angelika Nußberger M.A.



▲ Foto: © Josef Fischnaller

zu ihrer Wahl zur Vizepräsidentin am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) am 1. Februar 2017.

Geboren 1963 in München, studierte Angelika Nußberger 1982-1987 an der Universität München Slawistik und nahm 1984 parallel dazu ihr Studium der Rechtswissenschaften auf. Ein Kurzstudium der russischen Sprache und Literatur führte sie 1985 ans Puschkin-Institut in Moskau. 1987 schloss sie das Slawistikstudium an der Universität München ab (M.A.). An der Universität Straßburg erwarb sie 1988 ein Diplom in Rechtsvergleichung (diplôme en droit comparé). 1989 legte sie ihr 1. Jur. Staatsexamen in München ab. An der Universität Würzburg wurde Angelika Nußberger 1993 mit einer Arbeit über das sowjetische Verfassungsrecht im Wandel zur Dr. iur. promoviert. Im selben Jahr legte sie auch ihr 2. Jur. Staatsexamen in Heidelberg ab. In den Jahren 1993-2001 arbeitete sie als Wissenschaftliche Referentin am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Sozialrecht in München. Von 2001-2002 war sie Rechtsberaterin am Europarat (Generaldirektion, Social Cohesion). Nach ihrer Habilitation 2002 erfolgte ihre Berufung zur ordentlichen Professorin an der Universität zu Köln (Lehrstuhl für Verfassungsrecht, Völkerrecht und Rechtsvergleichung, Direktorin des Instituts für Osteuropäisches Recht und Rechtsvergleichung). Zahlreiche Mitgliedschaften in Expertengremien wie von 2003-2010 im Sachverständigenkomitee der Internationalen Arbeitsorganisation ILO, 2006-2010 stellvertretendes Mitglied der Venedigkommission (Europäische Kommission für Demokratie und Recht), 2008-2010 in der Päpstlichen Akademie für Sozialwissenschaften. 2009 wurde Angelika Nußberger zur Prorektorin der Universität zu Köln für akademische Karriere, Diversität und

Internationales gewählt. Die Jakashvili-Universität Tiflis verlieh ihr 2010 die Ehrendoktorwürde.

Seit 2011 ist Angelika *Nußberger* Richterin am EGMR.

Im djb ist sie seit 2010 Mitglied.

Ramona Pisal



▲ Foto: © Sharon Adler

zu ihrer Ernennung zur Präsidentin des Landgerichts Cottbus am 13. Dezember 2016. Ramona *Pisal* bekleidet als erste Frau das Amt der Landgerichtspräsidentin in Cottbus und ist erste Landgerichtspräsidentin in Brandenburg.

Geboren 1957 im Rheinland, studierte Ramona *Pisal* Rechtswissenschaften in Gießen und Köln. Als studentische Hilfskraft war sie am Institut für Versicherungsrecht der Universität zu Köln

tätig. Nach ihrem Referendariat in Köln arbeitete sie 1990/1991 in Köln als Rechtsanwältin mit Schwerpunkt Versicherungsrecht, ehe sie 1991 in den richterlichen Probedienst in Nordrhein-Westfalen eintrat und zunächst am Landgericht Mönchengladbach für Zivil- und Strafverfahren zuständig war. Im Januar 1994 wurde sie zur Richterin auf Lebenszeit ernannt und wechselte im Juli desselben Jahres vom Amtsgericht Mönchengladbach in den Justizdienst des Landes Brandenburg, wo sie in der ersten Zeit am Amtsgericht Potsdam wirkte. Als Richterin am Amtsgericht war sie in Zivil-, Straf- und Bußgeldverfahren sowie als Vorsitzende des Jugendshöfengerichts tätig. 1996 erfolgte ihre Abordnung an das Brandenburgische Oberlandesgericht in Brandenburg an der Havel, 1997 wurde Ramona *Pisal* zur Richterin am Oberlandesgericht ernannt und hauptsächlich mit Bausachen betraut. Im August 2006 erfolgte ihre Ernennung zur Vorsitzenden Richterin am Oberlandesgericht. Am Brandenburgischen Oberlandesgericht saß sie einem Strafsenat vor. Neben der richterlichen Tätigkeit hatte Ramona *Pisal* neun Jahre die Funktion der Pressesprecherin des Oberlandesgerichts Brandenburg inne, war seit 2002 dort Gleichstellungsbeauftragte und mit Inkrafttreten dieses Gesetzes Beschwerdestelle nach dem AGG.

Von 2006-2011 war sie Vorsitzende des Landesverbands Brandenburg, von 2007-2011 Vizepräsidentin und seit 2011 ist sie Präsidentin des djb.

Gundula Roßbach



▲ Foto: © Bildarchiv DRV Bund/Chaperon

zu Ihrer Ernennung zur Präsidentin der Deutschen Rentenversicherung Bund zum 1. Januar 2017.

Geboren 1964 in Siegen, absolvierte Gundula *Roßbach* nach ihrer Schulzeit von 1983-1986 den Vorbereitungsdienst für den gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst und war bis zur Aufnahme ihres Studiums der Rechtswissenschaften in Bonn 1988 als Verwaltungsinspektorin tätig. Nach ihrem Referendariat am Oberlandesgericht Koblenz war sie ab 1996 für ein Jahr Sozialreferentin beim

Landkreistag Brandenburg. 1997 nahm sie ihre Tätigkeit bei der ehemaligen BfA auf, zunächst in einer Leistungsabteilung, später in der Grundsatzabteilung und im Referat der Geschäftsführung. Von 2003-2004 war sie stellvertretende Leiterin der Zentralen Zulagenstelle für Altersvermögen (ZfA) und Referatsleiterin. In den Jahren 2004-2006 wirkte Gundula *Roßbach* als Abteilungsleiterin Prüfdienst, ehe sie 2006 stellvertretende Geschäftsführerin der Deutschen Rentenversicherung Berlin-Brandenburg wurde. Von 2009-2014 war sie zudem Erste Direktorin der Deutschen Rentenversicherung Berlin-Brandenburg. Seit April 2014 ist sie Mitglied des Direktoriums der Rentenversicherung Bund und seit 1. Januar 2017 Präsidentin der Rentenversicherung Bund

Sie ist seit 1995 djb-Mitglied, war von 2002-2006 stellvertretende Vorsitzende des Landesverbandes Brandenburg und ist seit 2010 seine Kassenprüferin.

Brigitte Zypries, MdB



▲ Foto: © Susie Knoll

zu ihrer Ernennung zur Bundesministerin für Wirtschaft und Energie am 27. Januar 2017.

Geboren 1953 in Kassel, studierte Brigitte *Zypries* Rechtswissenschaften in Gießen. Nach dem Zweiten Juristischen Staatsexamen 1980 war sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Gießen tätig. 1984 nahm sie ihre Arbeit als Referentin der Rechtsabteilung in der hessischen Staatskanzlei auf. Von

1988 bis 1990 wurde Brigitte *Zypries* als wissenschaftliche Mitarbeiterin zum Ersten Senat an das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe abgeordnet. 1991 wechselte sie zunächst als Referatsleiterin für Verfassungsrecht in die niedersächsische Staatskanzlei, wurde vier Jahre später zur Abteilungsleiterin in der Staatskanzlei und 1997 zur Staatssekretärin im niedersächsischen Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales ernannt. Nach dem Wahlsieg der SPD 1998 wurde Brigitte *Zypries* Staatssekretärin im Bundesinnenministerium unter Otto *Schily* und war u.a. verantwortlich für Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst, die BundOnline Initiative der Bundesregierung und sorgte für die reibungslose Computerumstellung im Millenniumsjahr 2000 und koordinierte die Fluthilfe der Bundesregierung bei der Hochwasserkatastrophe im Jahr 2002.

Von 2002 bis 2005 war Brigitte *Zypries* Bundesministerin der Justiz im zweiten Kabinett *Schröder*, von 2005 bis 2009 im ersten Kabinett *Merkel*.

Seit 2005 ist sie Mitglied des Deutschen Bundestags (Direktmandat Wahlkreis Darmstadt-Dieburg). 2013 wurde sie zur Parlamentarischen Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie ernannt und war seit 2014 als Koordinatorin der Bundesregierung für die Deutsche Luft- und Raumfahrt tätig.

Seit 2015 ist sie Präsidentin der Deutsch-Israelischen Juristenvereinigung. Im djb ist Brigitte *Zypries* seit 1989 Mitglied.

Welchem Mitglied dürfen wir noch zu einem neuen Amt, einem Preis etc. gratulieren? Nicht immer erhalten wir Nachricht davon und freuen uns über Ihre Hinweise an geschaeftsstelle@djb.de.



◀ Finanzgericht Sachsen-Anhalt: Dr. Afra Waterkamp als Präsidentin ins Amt eingeführt

Dessau (MJ). Das Finanzgericht Sachsen-Anhalt hat eine neue Präsidentin. Mit einer Festveranstaltung im Anhaltischen Theater in Dessau ist Dr. Afra Waterkamp am Donnerstag in ihr Amt eingeführt worden. Die 51jährige Juristin folgt auf Gunther Karl, der mit Ablauf des 31. Juli 2013 in den Ruhestand getreten war. Sachsen-Anhalts Justizministerin Anne-Marie Keding sagte in ihrem Grußwort, die Berufung Afra Waterkamps beruhe auf ihrer langjährigen umfassenden Erfahrung in der Finanzgerichtsbarkeit. Sie habe dabei ein hohes Maß an Anerkennung erworben.

Die von Frau Dr. Waterkamp in der Vergangenheit gezeigte Flexibilität und Aufgeschlossenheit gegenüber Veränderungen benötige die Präsidentin auch künftig, so die Ministerin weiter. Vor allem die Digitalisierung werfe Rechtsfragen auf, die derzeit nur ungenügend beantwortet seien. Keding: „Digitale Daten werden zunehmend zum Wirtschaftsgut oder Vermögensgegenstand und die Gerichte müssen vielfach mit gesetzlichen Bestimmungen der ursprünglich ‚analogen Welt‘ Lösungen für Rechtsstreitigkeiten der digitalen Welt finden. Das führt zu rechtlichen Unsicherheiten und Unwägbarkeiten. Es stellt sich die Frage, ob nicht durch die fortschreitende digitale Durchdringung aller Lebensbereiche die Grenzen richterlicher Rechtsfortbildung bald erreicht sind und damit der Gesetzgeber gefordert ist.“ Mit dem Gesetz zur Modernisierung des Besteuerungsverfahrens vom 18. Juli 2016 habe der Gesetzgeber in der Steuergesetzgebung bereits reagiert und das rechtliche Fundament für die bereits eingeleitete und laufende Digitalisierung gelegt bzw. verbreitert. Das begrüße sie außerordentlich. Das digitalisierte Besteuerungsverfahren bringe Effizienz und mehr Steuergerechtigkeit, so Keding. Aber die Vielzahl der erhobenen Daten werfe besonders für den Datenschutz neue Fragen auf. Daraus folge eine besondere Verantwortung der Finanzbehörden und die Aufgabe der Finanzgerichte, die Interessen der Steuerverwaltung an einem möglichst effektiven Steuervollzug und die der Bürger nach Datenschutz gegeneinander abzuwägen. (Aus der Pressemitteilung des Ministeriums für Justiz und Gleichstellung des Landes Sachsen-Anhalt vom 22. September 2016)

Geburtstage

(Oktober 2016 bis Februar 2017)

70 Jahre

■ Dorothee Bohr
Justiziarin
Trier

■ Ilse-Ulrike Fromme
Richterin am AG
Augsburg

■ Ruth Schimmelpfennig-Schütte
Vors. Richterin am LSG i.R.
Celle

■ Helga Achatz
Rechtsanwältin
Düsseldorf

■ Karin Aust-Dodenhoff
Präsidentin am LAG i.R.
Berlin

■ Sabine Weitbrecht
Richterin am OLG i.R.
Lenningen

■ Monika Schmitt-Schorr
Studiendirektorin
St. Wendel

■ Marianne Weg
Freie Wissenschaftlerin
Wiesbaden

75 Jahre

- Hiltrud Harborth
Ministerialrätin a.D.
Steimbke
- Verena Riedel-Haas
Ministerialrätin a.D.
Leonberg
- Dr. Elisabeth Hoffmann
Rechtsanwältin
Brüssel
- Marianne Landvogt
Richterin am LG i.R.
Bonn

80 Jahre

- Hildegund Holzheid
Präsidentin des Bayr. VerFGH a.D.
München
- Elisabeth Hahn
Richterin am AG i.R.
Nachrodt
- Liselotte Dilewski
Rechtsanwältin
München
- Dr. Heidi Lambert-Lang
Richterin am BGH i.R.
Zweibrücken

Verstorben

(Oktober 2016 bis Februar 2017)

- Hilke Amthor
Vorsitzende Richterin am OLG i.R.
Kronberg
im Alter von 81 Jahren
- Birgit Lemme
Richterin am LG a.D., Richtermediatorin
Bremen
im Alter von 73 Jahren

Aktuelle Pressemitteilungen und Stellungnahmen

Pressemitteilungen

- 17-07 djb zum Fall Birte Meier
7. Februar 2017
- 17-06 Juristinnenbund zum Internationalen Tag gegen die
weibliche Genitalverstümmelung
6. Februar 2017
- 17-05 djb begrüßt Initiativen der maltesischen Ratspräsident-
schaft zur Geschlechtergerechtigkeit
25. Januar 2017
- 17-04 10 Forderungen des djb an die Parteien zur Bundes-
tagswahl 2017
23. Januar 2017
- 17-03 Kinderarmut bekämpfen – Ausbau Unterhaltsvorschuss
jetzt!
18. Januar 2017
- 17-02 Ehen Minderjähriger: djb fordert Schutz ohne Bevor-
mundung
12. Januar 2017
- 17-01 djb sieht Handlungsbedarf bei sozialen Rechten auf
europäischer Ebene
2. Januar 2017
- 16-38 djb und FSR fordern wirksame Umsetzung der der
deutschen Menschenrechtsverpflichtungen zu Frauen,
Frieden, Sicherheit nach Resolution 1325
14. Dezember 2016
- 16-37 CEDAW-Alternativbericht
Gleichstellungs- und Antidiskriminierungspolitik:
Bundesregierung zum Handeln aufgefordert!
13. Dezember 2016
- 16-36 djb und DJI evaluieren Kita-Platz-Anspruch
12. Dezember 2016

Stellungnahmen

- 17-03 Stellungnahme zum Entwurf des Gesetzes zu dem
Übereinkommen des Europarats vom 11. Mai 2011
zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen
Frauen und häuslicher Gewalt
10. Februar 2017
- 17-02 Stellungnahme zu Ehen Minderjähriger: djb fordert
Schutz ohne Bevormundung
1. Februar 2017
- 17-01 Nationales Reformprogramm 2017
20. Januar 2017
- 16-28 Consultation on the European Pillar of Social Rights
25. Dezember 2016
- 16-27 CEDAW Alternative Report Germany 2016
30. September 2016
vgl. 16-19
- 16-26 Stellungnahme zu dem Entwurf eines Niedersächsi-
schen Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes über die
psychosoziale Prozessbegleitung im Strafverfahren
2. Dezember 2016